

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,
liebe Leserinnen und Leser,



Auf der Tagesordnung:

u. a.

Änderung des Versammlungsgesetzes

**Fachinformationssystem Naturschutz
FIS-N — Arten brauchen Daten**

Digitale Verwaltung voranbringen

Fachinformationssystem Naturschutz

Für den aktiven Naturschutz werden Daten über Vorkommen, Verbreitung und Häufigkeit von Tieren und Pflanzen benötigt. 1978 und 1983 wurden in Niedersachsen dazu Erfassungsprogramme ins Leben gerufen. Die Datenerfassung wird durch den Niedersächsischen Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz (NLWKN) und durch ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter organisiert. Zu dem Thema habe ich eine Rede gehalten und mich für eine einfachere Erfassungsart und eine schnellere Bereitstellung der Daten über eine Online-Datenbank ausgesprochen. Ehrenamtlichen in Verbänden wie dem NABU oder dem BUND, aber auch dem Personal in den Fachbehörden, muss die Arbeit erleichtert werden. Die vorherige Landesregierung hat es versäumt, ein modernes und einfaches Datenerfassungssystem einzurichten, um den Schutzgebietsverordnungen gerecht werden zu können. Mit FIS-N schaffen wir die Voraussetzungen, endlich das 28 Jahre alte Landschaftsprogramm zu überarbeiten. Um Fehlentwicklungen in der Natur erkennen zu können, brauchen wir Daten, ansonsten sind bestimmte Tier- und Pflanzenarten irgendwann einfach nicht mehr da. Auch ein Herr Dr. Hocker von der FDP kann, wie ange-

nom 5. bis 7. April hat der Niedersächsische Landtag zum 45. Mal in dieser Wahlperiode getagt. Auf der Tagesordnung standen zum Beispiel das Mitwirkungs- und Klagerecht von Tierschutzorganisationen, das Wasserverbandsgesetz, die Tier- und Pflanzenerfassung (FIS-N), die Energiewende, die hausärztliche Versorgung, das Versammlungsgesetz und die Digitalisierung der Verwaltungen in Nieder-

sachsen. Über ein paar ausgewählte Tagesordnungspunkte möchte ich Ihnen / Euch hiermit berichten. Meine Rede zur Erfassung von Daten, um Tiere und Pflanzen aktiv zu schützen, finden Sie / findet ihr sobald das Protokoll erstellt worden ist wieder auf meiner Webseite. Ein Video davon ist bereits auf Facebook abrufbar: www.facebook.com/AxelBrammer
Herzliche Grüße,

Änderung des Versammlungsgesetzes

In unseren Koalitionsvereinbarungen haben wir zusammen mit den Grünen für die Jahre 2013 bis 2018 eine Aufwertung des Versammlungsrechts vorgesehen. Nun hat die Landesregierung zusammen mit der CDU eine entsprechende Änderung des Versammlungsgesetzes durchgesetzt, die das Demonstrationsrecht stärkt und das Versammlungsrecht noch bürgerfreundlicher gestaltet. Das Versammlungsrecht wird im Sinne der Polizei und der Versammlungsbehörden modernisiert, wir schaffen mehr Transparenz und Übersichtlichkeit. Unnötige Bestimmungen, welche in die Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger eingreifen, werden gestrichen. Fortan ist das Tragen von paramilitärischen (dem Militär ähnlichen) Uniform(teilen) bei Versammlungen verboten. Um eine Versammlung anzumelden, müssen weniger Daten angegeben werden. Die sogenannte Bannmeile um den Landtag, mit der damaligen Idee, den Druck von der Straße fern zu halten, wird abgeschafft. Verstöße gegen das Vermummungsgebot werden künftig nicht mehr als Straftat, sondern als Ordnungswidrigkeit geahndet, damit die Polizeikräfte situationsangemessen und deeskalierend agieren können.

IN EIGENER SACHE

P.S.: Herzlichen Dank für meine erneute Nominierung zum SPD-Landtagskandidaten am 29. März!

von links:
Karin Logemann,
Axel Brammer,
Deniz Kurku

Fotograf:
Gerrit Edelmann



Digitale Verwaltung voranbringen

Die Digitalisierung bringt viele Chancen mit sich, die es auch von staatlichen Institutionen und insbesondere von der öffentlichen Verwaltung zu nutzen gilt. Deshalb haben wir im April-Plenum beschlossen, die gesetzlichen Grundlagen so zu erweitern und anzupassen, dass die Digitalisierung der Verwaltung zügig und effizient voranschreitet und vor allem den Bürgerinnen und Bürgern den größtmöglichen Nutzen bringt. Wir wollen leistungsfähige, zeitgemäße, sichere und bürgerfreundliche Verwaltungs-Services schaffen, mit denen jeder stationär oder mobil und zugleich einfach und sicher Verwaltungsverfahren erledigen kann. Ein entsprechend breites Maßnahmenprogramm dazu haben wir verabschiedet. Die Verwaltungen in den Städten und auf dem Land sollen sich in Zukunft selbst digital umgestalten und weiterentwickeln, um den Bürgerinnen und Bürger sowie den Unternehmen und Organisationen einen besseren Service anbieten zu können und den Bediensteten neue Perspektiven des Arbeitens zu geben. Als Abgeordneter im Kreistag und Gemeinderat werde ich mich vor Ort weiter für die Umsetzung stark machen.